

„Wir müssen uns für soziale Innovation einsetzen“



Eva Maria Welskop-Defaa ist seit Juli Vorstand für Sozial- und Fachpolitik im Deutschen Caritasverband. Die Volkswirtin ist die erste Frau im Vorstand des Caritasrates. Sie hat unter anderem die Aufgabe, eine digitale Agenda für den Verband zu erarbeiten. Die 58-Jährige ist Mitglied im KDFB.

KDFB Engagiert: Welche neuen Formen des Arbeitens werden durch die Digitalisierung entstehen?

Eva Maria Welskop-Defaa: Aus meiner Sicht wird eine Entwicklung mindestens die nächsten zehn Jahre prägen: Selbstständige und abhängige Arbeit werden sich vermischen. Bisher haben sich Menschen einmal für eine der beiden Möglichkeiten entschieden und folgten dem Faden dann in ihrem Erwerbsleben. Das wird es in Zukunft so nicht mehr geben. Berufstätige werden beides kombinieren. Teilweise wird man kaum auseinanderhalten können, was ist selbstständige, was abhängige Arbeit.

Können Sie ein Beispiel nennen? Sagen wir, ein Unternehmen schreibt auf einer internen Cloud einzelne Aufträge aus. Ein Wettbewerb findet statt. Wer von den Mitarbeitern den interessantesten Vorschlag unterbreitet, bekommt das Projekt. Welcher Teil der Beschäftigung ist dann abhängig, welcher selbstständig? Das wird ineinanderfließen. Auch werden Weisungsgebundenheit oder fester Arbeitsort als Merkmale für abhängige Beschäftigung bald nicht mehr zutreffen.

Was bedeutet das für die soziale Sicherung? Die sozialen Sicherungsnetze wurden ursprünglich für die abhängige Beschäftigung geknüpft. Wenn Menschen künftig nur für einen Teil ihres Einkommens Beiträge in die Sozialversicherung zahlen, dann reichen die Einnahmen nicht aus, um Leistungen im bisherigen Umfang zu finanzieren. Beispiel Rente: Sie könnte am Ende so gering ausfallen, dass sie bei Weitem nicht zum Leben reicht. Das macht mir große Sorgen.

Wie kann man dem beikommen? Arbeitsrechtler diskutieren zurzeit, wie man das neue, entgrenzte „hybride“ Arbeiten juristisch fassen kann. Es geht darum, einer Ausbeutung vorzubeugen. Was ist der Mindestlohn? Was ist, wenn jemand krank wird? Einige verweisen auf das Heimarbeitsgesetz, das seit 1912 die soziale Sicherung von Menschen regelt, die zu Hause arbeiten. Früher wurden in Heimarbeit Knöpfe in Tütchen sortiert, heute werden Apps programmiert. Es gibt Hoffnung, dass mit einer Neuregelung des Heimarbeitsgesetzes Menschen besser vor neuen Formen der Ausbeutung geschützt werden. Allerdings, so mein Zwischenstand: Es gibt noch keine befriedigenden Lösungen.

Was ist momentan das drängendste Problem? Es gilt, eine Balance zu finden zwischen den positiven und den negativen Folgen der Digitalisierung. Gerade für Frauen, die in sozialen Dienstleistungsberufen arbeiten, gibt es Chancen. Zum Beispiel wird der Einsatz von Robotern die schwere Arbeit der Pflegekräfte in Altenheimen erleichtern. Das sind ja meist Frauen. Entscheidend ist aber, dass der Einsatz künstlicher Intelligenz die Handlungsspielräume der Beschäftigten vergrößert und nicht die Rationalisierungsgewinne für Investoren. Wenn wir nicht aufpassen, droht eine Zweiklassengesellschaft: Hier die schlecht bezahlte Pflegerin, dort der gut

bezahlte IT-Fachmann, der ihren Berufsalltag diktiert.

Fortbildung ist also angesagt, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen? Ja, das ist aber auch eine strukturelle Frage. Grundkenntnisse in IT und neuen Abläufen sollen in Lehrpläne aufgenommen werden. Dafür müssen die Ausbilder Sorge tragen. Auch die Arbeitgeber sind gefordert, Weiterbildungen anzubieten, damit ihre Angestellten auf dem Laufenden bleiben. Arbeitgeber müssen imstande sein, gut einzuschätzen, welche Weiterbildung nötig ist und Finanzen dafür bereitstellen. Ein Prozess ist auf dem Weg.

Wo sollen sich insbesondere Frauen gezielt informieren und einmischen? Im Augenblick unterstützt die Politik die Digitalisierung der Industrie. Es gibt eine Nervosität, dass Europa die erste Entwicklungsphase verschlafen hat, weil die Treiber der Entwicklung in den USA sitzen. Wir Frauen müssen Forschungsprogramme mit gleich guter finanzieller Ausstattung auch für Sozialwirtschaft, Gesundheit, Nachbarschaft und Familien einfordern. Da kann ich derzeit noch nichts erkennen.

Was wäre also zu tun? Wir müssen uns für soziale Innovation einsetzen. Wohlfahrts- und Frauenverbände wie Caritas und KDFB sollten Förderprogramme zum Thema Digitalisierung und Familienalltag aufsetzen. Der Frauenbund sollte mit Plattformen wie „betreu.de“ oder „nebenan.de“ vertraut sein. Wer sind die Anbieter? Nach welchen Spielregeln spielen sie? Das müsste der Frauenbund wissen, um beurteilen zu können, mit wem eine Zusammenarbeit Sinn macht. Oder aber eine eigene Plattform im Internet aufbauen. Da fahren Züge ab, und wir stehen noch am Gleis.

Interview: Maria Sileny